

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postleitzettel: Dresden 1534
Girostelle Riesa Nr. 52.

N. 297.

Sonnabend, 20. Dezember 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 16 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Verzahlung, für einen Monat 2 Mark zu wenig durch Post oder bei den Händlern des Ausgabortes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorauß zu bezahlen; eine Gewebe für das Schreiben an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnliche Pakete 10 Pfennige, für 8 mm breite Postkarten 100 Gold-Pfenniger, zeitabend und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, keine Taxe. Erholung an der Elbe — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Versandungsanstalt — hat der Verleger einen Anspruch auf Belebung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Wittich, Riesa.

Die Vertagung der Regierungfrage.

V.P.D. Berlin. Es war vorauszusehen, daß die Schwierigkeiten in der Frage der Regierungsbildung vorläufig eine Lösung der Krise unmöglich machen werden. In den sozialistischen Kreisen war man daher nicht allzu sehr überzeugt, als der Reichspräsident nach seiner neuerlichen Rücksprache mit dem Reichskanzler Dr. Marx die Absicht bekanntgab, vorläufig keine weiteren Schritte mehr in der Regierungssfrage an unternehmen, sondern abzuwarten, bis dann von Seiten der Parteiführer neue brauchbare Vorschläge gemacht würden. In den maßgebenden Regierungskreisen wird die Haltung des Reichspräsidenten vollkommen abbilligt, da man der Ansicht ist, daß es nicht Aufgabe des Staatsoberhauses sein kann, feuchte Bemühungen zu unternehmen, die an dem Widerstand der Parteien scheitern müssen. Diejenigen Kreise, die die Krise verschuldet haben, stehen auch moralisch dafür verantwortlich, daß Deutschland eine arbeitsfähige Regierung erhält.

Die einzelnen Parteien verschämen sich jetzt hinter den von ihnen gesetzten Schätzungen und wollen unter keinen Umständen davon absehen. Das Zentrum weigert sich nach wie vor, an einer Rechtskoalition teilzunehmen, während die Deutsche Volkspartei sich auf seine andere Regierungsbildung als die des Völkerblocks einlassen will. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß der Minister Dr. Stresemann gewillt ist, mit dem Reichskanzler Dr. Marx weiter zusammen zu arbeiten, sodass es sich bei diesen Gegebenheiten wieder einmal um eine Parteikoalition handelt. Nach Meinung der dem Kanzler Marx nahestehenden Kreise kann jetzt eine Lösung nur auf dem Wege gefunden werden, daß die Deutsche Volkspartei mit den deutsch-nationalen Führern einnehmende Verhandlungen einsetzt, um festzustellen, welche Möglichkeiten und Risse die deutsch-nationalen Führer verfolgen. Es könnte vor dem Lande nicht verantwortet werden, eine Arbeitsgemeinschaft mit der deutsch-nationalen Partei einzugehen, solange der Einindruck besteht, daß es den deutsch-nationalen Führern nur darauf ankomme, in der Steigerung einer Machtposition zu gewinnen, die gegen die Abriegen Kräfte des Landes gerichtet seien. Die deutsch-nationalen Partei habe in der inneren Politik ein Programm aufgestellt, das bei den Parteien der Mitte die schwersten Bedenken hervorruft. Wenn die Deutsche Volkspartei der Überzeugung sei, daß das deutsch-nationalen Programm unterstützung zu müssen, so sei es allerdings besser, den Trennungswunsch zu verzichten, denn eine solche Haltung der Deutschen Volkspartei würde nur den Beweis dafür erbringen, daß man einen Rechtsblock schaffen wird, der den ausdrücklichen Zweck habe, innerpolitische Kämpfe heraufzubringen.

Das Vorhaben des Reichspräsidenten ist gegeben, auf die Parteien einen starken Druck auszuüben. Es ist sehr leicht möglich, daß sich aus der Vertagung der Regierungskoalition erneute politische Komplikationen ergeben, da sowohl die Gegenstände zwischen den Parteien immer mehr verschärfen. Als Geschäftskoalition hat das Kabinett Marx-Stresemann den größten Teil seines Einflusses eingebüßt, und es wird noch mehr an Ansehen verlieren müssen, wenn die Gegenwärtige auch auf die Mächtigkeit der Regierung überreichen. Wenn jetzt neuerdings die Ententeereignungen es unterschaffen können, in der Frage der Räumung der Römer-Zone erneute Schwierigkeiten zu bereiten, so ist das in den Hauptlaufen darauf zurückzuführen, daß die Verhärting der Regierungskoalition in Deutschland auf die Ententeereignungen einen außerordentlich ungünstigen Eindruck gemacht hat. Maßgebende Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes erklären, daß die Krise in der außenpolitischen Lage einen Rückschlag herbeigeführt habe, der erst im Verlaufe von Monaten wieder eingeschlagen werden könnte. Es werde dadurch für jede kommende Reichsregierung, möglicherweise geschaffen sein, wie sie will, eine sehr schwierige Position geschaffen, die nur dann erleidet werden kann, wenn man davon absieht, die innenpolitischen Verhältnisse in den Vordergrund zu drängen und ein Bild der Herrschaft nach außen hin abzugeben.

Ein neuer Vorschlag Dr. Stresemanns.

Berlin, 20. Dezember.

Wie wir erfahren, ist Außenminister Dr. Stresemann gegenwärtig bemüht, eine Lösung der Regierungskoalition vorzubereiten. Der Minister hält es für dringend wünschenswert, daß im Falle der Bildung einer bürgerlichen Regierung auch die Demokraten sich am Kabinett beteiligen. Er will daher die deutsch-nationalen Führer veranlassen, ihre Vorberührungen in der Regierungskoalition bestätig zu möglich, daß es den Demokraten möglich sein würde, ihre Haltung abzuändern. Wenn die demokratische Partei sich dazu entschließen könnte, an einer rein bürgerlichen Regierung teilzunehmen, so würde es auch ohne weiteres wahrscheinlich sein, die Bedenken des Zentrums zu zerstreuen.

Die amerikanischen Forderungen an Deutschland.

* New York. Staatssekretär Hughes dementierte gestern die Gerüchte, wonach Amerika bereit sei, die in der gemachten Kommission gefestigten Forderungen an Deutschland aufzugeben. Hughes erklärt, die amerikanische Regierung bestehe darauf, von Deutschland die volle Summe zu erhalten, wenn sie auch bereit sei, die Werteilung der Zahlungen auf einen längeren Zeitraum auszustrecken.

Um die Räumung der Römer-Zone.

London. "Manchester Guardian" schreibt in seinem Beiträgen zu Lord Cursons Erklärung über die Räumung der Römer-Zone: Wenn Deutschland nicht bis zum 10. Januar einen Bericht gegen den Friedensvertrag überbringt ist, der vorläufig und beträchtlich genug ist, um die Verlängerung der Belegung zu rechtfertigen, ist es berechtigt, die Zurückziehung der Truppen zu verlangen; aber Curzon vermutet, daß die Kontrollkommission berichten wird, Deutschland erfüllt nicht genau die Entwicklungsbestimmungen des Vertrages. Auf diese beständige und fortwährende Struktur, auf die sie gestoßen ist, Curzon sagt nicht letzteren der deutschen Regierung, sondern „in Deutschland“, wird die Kommission ihren Bericht erst nach dem 10. Januar erstatten. Es scheint somit, daß es eine Periode geben wird, während der wir die gesetzte wiedertechnische Belebung aufrecht erhalten werden. Abgesehen von der Zeit bis zur Belebung des Flughafens (die Curzon für illegal hält) hat Deutschland, wie verlautet, die Alliierten davon überzeugt, daß die Entwicklung im wesentlichen zur Zustiegenheit vonstatten ging. Eine wirkliche Schwierigkeit entstand mit dem Aufhören der alliierten Inspektion infolge der Belebung. Ohne diesen Bruch des Friedensvertrages durch einen der Alliierten würde die Kontrolle insbesondere wahrscheinlich an den Völkerbund übergegangen sein. Deutschland soll offenbar für die Sünden büßen, die ihm gegenüber begangen worden sind. Es besteht umso weniger Grund für die Überprüfung des genauen Buchstabens des Vertrages, als die deutsche Zustimmung zu einer kurzen Verlängerung der Belebung ohne Zweifel gefestigt werden könnte. Bis die französischen Soldaten das Flughafengebiet geräumt haben werden, wird Frankreich unter beliebigem Vorwand ein Abschneiden seiner Verbindungsstrassen verhindern. Da also bis dahin Soldaten in Köln sein müssen, würde Deutschland lieber britische als französische haben. Cursons Politik stellt sich als unhaltbar in rechtlicher Beziehung dar, da sie die Freiheit der Mitglieder ermangelnd und töricht in der Praxis sei. Die Folge deinen in Deutschland würde sein, daß die künftigen Besitzungen mit ihm schwieriger sein würden und daß Leidenschaften entzünden würden, die während des letzten neuen Monate glücklicherweise nachgelassen hätten.

London. (Junkers.) Der Kleinlandberichterstatt der "Times" hebt in einem Telegramm aus Köln hervor, daß die deutschen Blätter aller Richtungen und die politischen Führer Lord Cursons Erklärung stark kritisieren. Eine so ernste Kritik Großbritanniens wie die augenblickliche, sei seit Beginn der Belebung noch nicht wahrgenommen worden. "Morning Post" berichtet aus Berlin, die republikanischen Parteien seien sicher enttäuscht, denn sie hätten dort für ein besseres Verhältnis mit den Alliierten gearbeitet. Lord Cursons Erklärung erregte bei ihnen die Belebung, daß ihre Bemühungen umsonst gewesen seien.

Die angebliche Bewaffnung Deutschlands ein Phantasiaproduct.

Paris. (Junkers.) Der Mitarbeiter der "Gazette nouvelle" hat sich angesichts der fortgeschrittenen Nachrichten, die die internationalen Blätter über die deutsche Bewaffnung veröffentlichten, bei einer hohen militärischen Persönlichkeit erkundigt und erfahren, daß das meiste, was über die angebliche Bewaffnung Deutschlands veröffentlicht worden ist, ein Phantasioproduct sei. Der Mitarbeiter der "Gazette nouvelle" hat auf Grund der ihm gewordenen Mitteilungen seine Feststellungen in folgende 5 Formeln zusammengefaßt:

1. Das deutsche Oberkommando, das vielleicht von dem selben Geist beeinflußt ist und nach denselben Grundsätzen wie 1914 geleitet ist, ist nicht auf der gleichen Grundlage aufgebaut.

2. Die 200 000 Mann Reichswehr und Polizei können im Falle eines Krieges, wenn die Mitglieder der militärischen Organisationen herangezogen werden, fürs erste eine halbe Million mobil machen.

3. Dieses Herz ist gegenwärtig nicht mit dem genügenden Kriegsmaterial aller Art versehen. Dieses Material könne erst nach zehn Monaten und durch eine Tätigkeit, die fernermaßen entdeckt werden, besorgt werden.

4. Die Mobilisierung und Konzentrierung, die vielleicht theoretisch vorbereitet seien, seien in der Praxis nicht durchführbar.

5. Endlich, wenn es auch wahr sei, daß die Militärkontrolle ohnmächtig sei, die deutschen Vorbereitungen für den Krieg zu verhindern und zwar deshalb, weil die Militärkontrollkommission nicht groß genug sei, um Deutschland ihren Willen aufzwingen, so sei sie doch instande, jede Aenderung, die in der Reichswehr vorgenommen werde, anzugeben und zur Nachahmung aufzurufen. Bis jetzt hat Frankreich nur zu fordern, so sagt zum Schluss die "Gazette nouvelle", daß das Deutsche Reich die Bedingungen erfülle, die der Friedensvertrag von Versailles forderte. Die wenigen, die Panik haben, und diejenigen, die von einer französischen Angst besessen seien, dürften nicht weiter die öffentliche Meinung beruhigen, denn eine Beunruhigung der öffentlichen Meinung würde notwendigerweise auch in Deutschland eine Beunruhigung hervorrufen.

Zusammentritt des Reichstages am 5. Januar 1925.

* Berlin. Die Eröffnungsrede des Reichstages hat der Reichspräsident Walther nunmehr endgültig auf Montag, den 5. Januar 1925, festgesetzt.

Hilfer, Kriebel, Fehrenbach u. a. freigesetzt.

München. Das Oberste Landesgericht hat, wie bereits kurz gemeldet, die Beschwerde der Staatsanwaltschaft vom 29. September gegen den Beihilfe des Landgerichts München, durch den Hitler und Kriebel Bewährungsfreiheit bewilligt worden ist, verworfen. Es erkannten Hitler und Kriebel für den Rest ihrer Strafen Bewährungsfreiheit. Dagegen wurde vom Obersten Landesgericht der Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen die Bewilligung einer Bewährungsfreiheit für Dr. Weber bestätigt. Das Oberste Landesgericht ist der Ansicht, daß über die Frage der Bewilligung einer Bewährungsfreiheit für Dr. Weber erst dann entschieden werden kann, wenn nach Abschluß der Untersuchung wegen Fortführung des Bundes Oberland das Landgericht Beschluss darüber gefaßt hat, ob gegen Dr. Weber das Gefahren zu eröffnen oder ob er außer Verfolgung zu setzen ist.

München. Die Korrespondenz Hoffmann meldet baldmöglichst: Vom Staatsministerium der Justiz wurde gestern unter Mitberuf der Strafen der Strafvollstreckung gegen Röhrl, Sauer, Raßl und Ditschewski unterbrochen und ihnen für den Rest der Strafe Bewährungsfreiheit bewilligt. Es sind die letzten Festungsgefangenen der Staatspublik, die sich seit 1919 ununterbrochen in Festhaft befinden. Werner Fehrenbach, Gargas und Lemke Bewährungsfreiheit für den Rest ihrer gleichzeitig genehmigten Strafe bewilligt worden. Bei diesen Begnadigungen ging das Justizministerium von dem Gedanken aus, daß die Schulden der drei Verurteilten nach dem Gutachten des Obersten Landesgerichts festgestellt, daß es aber angezeigt sei, die Strafe dem vom Reichsgericht in ähnlichen Fällen angewandten Strafmahls anzupassen.

Der Brandherd Marocco.

Es gibt auf der Weltkarte bestimmte Landgebiete, in denen ständig eine Glut schwelt, die jederzeit durch einen Eingriff von außen zu heiter, gefährdrohender Flamme ausgefacht werden kann. Immer wieder prüfen dort die Männer auf, und es bedarf nur des Anlaufs von irgend einer Seite her, um das Feuer weiter fressen zu lassen. Der Balkan ist das in dieser Beziehung gefährlichste Gebiet. Auch China reicht unter diese Kriterien. Besonders lang hat in diesem Zusammenhang endlich das Wort Marocco.

Das geschmähte Vorkriegsdeutschland hat in seiner Liquidierung der Marokkopolitik ein Beispiel von unvorhersagbarem Friedenswillen gegeben. Trotzdem ist es nicht gelungen, Marocco endgültig zu befriedigen oder auch nur aus der Gefahrenzone internationaler Konflikte herauszuheben.

Während Frankreich der ihm zugewiesenen Zone eingeräumt hat, hat Spanien von Anfang an und mit völlig schwindendem Erfolg versucht, das ihm überlassene Interessengebiet zu einem tatsächlich Machtsitz seiner Herrschaft zu machen. Das Frankreich seine Hand in diesen nicht abziehbaren und schließlich zu einem regelrechten Feldzug mit modernen Waffen sich verdüstenden Kriegsgefechten gehabt hat, läßt sich nicht ohne Weiteres von der Hand weisen. Nicht nur nach dem alten juristischen Prinzip „Wer glockt den Vorteil davon zu haben?“ Das Vorhandensein französischer Waffen ist von spanischer Seite mehrfach festgestellt worden. General Primo de Rivera hat nun vor einiger Zeit den Beschuß gefaßt, das Landesinnere den aufständischen Kabalen, wie er meint, vorläufig zu überlassen und sich in eine strategische Rückzugslinie zu retten. Nun kommt, allerdings über Paris, die Spaniabotschaft, daß sich im Süden der spanischen Truppen die Andaluzia, einer der stärksten Aufstandskämme, erhoben haben. Sie sollen bereits Teile von Tangier und Ceuta abgeschlossen haben. Eine Bestätigung dieser Nachricht würde das Marokkoproblem in seiner Gesamtheit wieder aufrufen können. Sprechen doch bereits französische Zeitungen ganz offen davon, daß die Voranschläge des Abkommen, die tatsächliche Beendigung der spanischen Zone, nicht erreicht sei. Besonders schwierig gestaltet sich die Lage dadurch, daß ausscheinend Tangier selbst, das als internationalisierte Zone aus dem spanischen Gebiet herausgehoben und unter der Scheinherrschaft des Sultans den interallierten Mächten unterstellt ist, durch den Aufstand bedroht wird.

Es ist bestimmt, daß vor einiger Zeit schon in Spanien als politische Verschwörung Wünsche geäußert worden sind, Ceuta gegen Gibraltar einzutauschen. England hat sich aber auf diesem Wege sehr schwerfällig gemacht. Es kostet anscheinend, Ceuta auf dem Wege internationalen Vorgehens aus ohne Preisgabe von Gibraltar und gegen entsprechende kompensationen aus spanische Kosten an Frankreich und Italien zu erläutern.

Besonders erschwert wird Spaniens Lage noch durch die innerpolitische Gefährdung, deren Stärke natürlich mit der Größe des Misserfolges in Marocco anwächst. Es ist kein nur auffälliges Zusammentreffen, daß die wilde Umsatzprospektiva gegen Spanien, seinen König und seinen Diktator von Paris her betrieben wird, wo der Schuhfertsteller und Deutschenhasser Obregon sein Hauptquartier aufgeschlagen hat.

Radeberger Pilsner, das bevorzugte echte deutsche Pilsner, übertrifft alle Tschechenbiere. Vertreter: R. Schwade, Riesa. Fernruf 49